

Zeitschrift: Hebamme.ch = Sage-femme.ch = Levatrice.ch = Spendrera.ch
Herausgeber: Schweizerischer Hebammenverband
Band: 108 (2010)
Heft: 11

Artikel: Deutschland : Hebammenproteste auf der Strasse
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-949691>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland

Hebammen-Proteste auf der Strasse

In Deutschland steht jeder Frau im Rahmen von Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Stillzeit gesetzlich Hebammenhilfe zu. Eine Gesetzesänderung legte 2007 fest, dass die Gebühren der Hebammen direkt zwischen den Krankenkassen und den Hebammenverbänden ausgehandelt werden. Diese sogenannte «Entlassung in die Selbstverwaltung» geschah auf einer bereits viel zu niedrigen Gebührenbasis, weil das Parlament über Jahre hinweg die längst fällige Anpassung der Hebammen-Gebühren verhindert hat. Und es kam noch schlimmer.

Bislang waren zirka 17 500 Hebammen freiberuflich in Deutschland tätig. Der Anteil der Hebammentätigkeit am Gesamtvolumen der Ausgaben der Krankenkassen beträgt 0,2%.

Durchschnittlich erzielt jede freiberufliche Hebamme 23 300 Euro Umsatz im Jahr. Davon zu bestreiten sind Betriebsausgaben, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge (Habammen sind trotz Freiberuflichkeit rentenversicherungspflichtig mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil). Eine Auswertung realer Einkommenssteuererklärungen von 2007 und 2008 zeigte, dass das zu versteuernde Einkommen bei Vollzeit rund 14 150 Euro im Jahr bzw. bei 1180 Euro im Monat liegt, bei vollem unternehmerischem Risiko.

Der Deutsche Hebammenverband DHV fordert eine Gebührenerhöhung von 30% – nur das brächte eine sichtbare Erhöhung, mit der eine Hebam-

me auch von ihrem Beruf leben kann. Der Vorschlag der Krankenkassen lautet auf 1,54%. Dies würde den Stundenansatz um genau 11 Cent anheben. Das Angebot der Krankenkassen ist der Tätigkeit der Hebammen nicht angemessen und hält auch nicht Schritt mit den gestiegenen Ausgaben wie z.B. für die Berufshaftpflichtversicherung und für Fortbildungen.

Immer weniger Hebammen

Das sinkende Einkommen führt dazu, dass sich Hebammen aus der ausserklinischen Geburtshilfe und Wochenbettbetreuung zurück ziehen. Vor allem in strukturschwachen Gegenden bedeutet dies, dass das Recht der Frauen auf die freie Wahl des Geburtsortes faktisch nicht mehr besteht.

Die Situation der angestellten Hebammen in den Krankenhäusern ist nicht viel besser. Obwohl die Politik 2008 zirka

80 000 Planstellen versprochen hat, sieht die Realität nach einem Jahr anders aus: Von den zugesagten Stellen hat ausschliesslich die Pflege profitiert. Bei den Hebammen steigt die Arbeitsverdichtung in den Krankenhäusern nach wie vor parallel zu einem an Verantwortungslosigkeit grenzenden Personalabbau. Verschärft wird diese Situation dadurch, dass zunehmend wohnortnahe geburtshilfliche Abteilungen an Kliniken aus Rentabilitätsgründen schliessen. Dies könnte innerhalb weniger Jahre zu einer Monopolstellung grosser geburtshilflicher Versorgungszentren führen. Die Leidtragenden sind die Mütter und Kinder mit ihren Familien, die dieser desolaten Versorgungssituation ausgeliefert sind.

Gleichzeitig: Haftpflichtprämien steigen massiv

Ab dem 1. Juli 2010 haben die

Haftpflichtprämien der Hebammen eine neue Höhe von 3689 Euro jährlich erreicht. Den massiven Prämiensteigerungen stehen nach wie vor inakzeptabel niedrige Gebühren gegenüber. Nach Abzug aller Kosten bleiben der Hebamme durchschnittlich 7,50 Euro Stundenlohn. Bei einer Rundumbetreuung, mit Vorsorge, Kursen, Geburt, Wochenbett und Stillzeit betreut eine klinisch tätige Hebamme zirka 30 Frauen, ausserklinisch etwa 10 Frauen im Jahr. Bei allen reichen nun die Einnahmen aus der Geburtshilfe gerade zur Deckung des neuen Versicherungsbeitrages. Durch diese Schieflage zwischen Einnahmen und Ausgaben ist die Existenz vieler Hebammen akut gefährdet.

Seit Monaten weist der DHV Krankenkassen und Politik darauf hin, dass durch die steigenden Haftpflichtprämien – bei stagnierenden Einnahmen – freiberuflich tätige Hebammen aus der Geburtshilfe gedrängt werden. Von den freiberuflichen Hebammen betreuen gerade noch 23% Geburten als Beleghebamme, im Geburtshaus oder zu Hause, trotz dem anhaltenden Trend, Stellen für angestellte Hebammen an Kliniken abzubauen und stattdessen ins Belegsystem zu wechseln.

Verhandlungen gescheitert

Deshalb setzte der DHV grosse Hoffnungen in die Verhandlungen mit den Krankenkassen. Doch diese wurden am 29. März 2010 für gescheitert erklärt. «Der Grund für das Scheitern», so Martina Klenk, Präsidentin des DHV, «sind die Spitzenverbände der Krankenkassen, die nicht bereit sind, die Vergütung für Hebammenleis-



Hebammen übergeben in Berlin 60 000 Unterschriften.

Foto: Noel Tovia Matoff/DHV

Streikende Hebammen

Schwarz gekleidete Hebammen marschierten am 18. Juni 2010 durch die Straßen von Paris und verteilten Flyer in den Geburtskliniken. Damit protestierten sie gegen die befürchtete Schwächung ihres Berufsstandes und einen drohenden Qualitätsabfall in der Geburtshilfe Frankreichs.

Anstoß zum Protest hatte eine Gewerkschaft gegeben; sie wehrte sich damit gegen die tiefen Löhne der frei schaffenden Hebammen. Die FpHs fanden Unterstützung bei Spitalhebammen sowie bei der nationalen Vereinigung der Gynäkologen und Geburtshelfer CNGOF. Wie Frédérique Teurnier, Präsidentin des Collège nationale des sages-femmes (CNSF) mitteilt, brachte der Streik bis zum heutigen Tag nichts. Laut ihrer Aussage leiden die Hebammen in Frankreich unter einem Defizit an Sichtbarkeit. Als Gründe nennt Teurnier

- mangelnde Kommunikation der Hebammen gegen aussen
- fehlende Wahrnehmung durch Öffentlichkeit und Politik, was u.a. auf mächtiges Lobbying der Ärzte zurückgeht.

Der 5. Mai werde in Frankreich nur vereinzelt begangen. Dennoch beabsichtigen die Hebammen in Frankreich, sich verstärkt zusammenzuschliessen und gemeinsam für mehr Anerkennung zu kämpfen. Auch anderes bewege sich: Immer mehr Hebammen wechseln in die Freiberuflichkeit, und immer zahlreichere junge Eltern wünschen sich eine respektvollere und physiologischere Annäherung an die Geburt.

Quellen: ICM Newsletter, Summer 2010, Vol. 2; Schriftliche Mitteilung von Frédérique Teurnier an Josianne Bodart Senn.



Sichtbar im Rampenlicht

Eine Hebamme als Miss Schweiz?

Sollen, dürfen Hebammen mit offen geäußerter Berufsbezeichnung an Talkshows, TV-Quizes und Kochdemos teilnehmen? (Sie tun es bereits, gesehen bei Roman Kilchberger und Sven Epiney). Dürfen sie für die Miss Zürich, Miss Bern oder gar Miss Schweiz kandidieren, oder – sind sie stimmlich gut drauf – als Music-Star auf einer Bühne rocken?

Was halten Sie von solch neuzeitlichen (und wirkungsvollen) Sichtbarkeitsformen?

Bitte schreiben Sie uns Ihre Meinung! Ein Mail an g.michel@hebamme.ch oder ein SMS an 079 511 97 10 genügt.

Zum Vergleich

Was verdient der Mittelstand in Deutschland?

Laut einer Statistik des Bundesministeriums für Finanzen verdient der Mittelstand zwischen 55 000 und 60 000 Euro Brutto im Jahr. Freiberuflich tätige «Mittelständler» wie Architekten verdienen zirka 29 500 Euro, Ingenieure und Techniker zirka 32 000 Euro, Sachverständige 35 000 Euro. Einzig freischaffende Künstler der unterschiedlichsten Sparten verdienen unter 20 000 Euro. Im Bundesschnitt liegen die Einkommen der Frauen 22% unter den Einkommen der Männer.

tungen auf ein Niveau anzuheben, das der hohen Verantwortung des Hebammenberufes gerecht wird und die massiv gestiegenen Versicherungsprämien kompensieren könnte». Eine deswegen angerufene Schiedsstelle entschied im Juli 2010, dass die Hebammen für eine Beleggeburt 8 Euro mehr, für eine Hausgeburt 100 Euro mehr bekommen sollten. Der Entscheid des Schiedgerichts wurde von den vertretenen Hebammenverbänden unter grossem Druck angenommen. Weil die zugestandene Gebührenerhöhung die hohen Haftpflichtprämien nie und nimmer zu kompensieren vermag, wird das Ergebnis äusserst kontrovers wahrgenommen.

Auf den Zeitpunkt der Haftpflicht-Prämien erhöhung haben weitere 10% der Hebammen die Freiberuflichkeit verlassen. Das heisst, seit dem Juli 2010 fehlen weitere 400 Hebammen, und die Versorgungsgengässen sind bereits überall spürbar. So haben allein in Hessen vier Geburtshäuser geschlossen.

Aktionen in ganz Deutschland

- Im Sommer 2009 wurde eine Unterschriftenaktion gestartet, um die Öffentlichkeit auf die problematische Arbeits- und Einkommenssituation der Hebammen hinzuweisen.
- Am 21. September 2009 organisierte der DHV bundesweite Protestaktionen, um

den Forderungen nach einem realistischen Einkommen Nachdruck zu verleihen.

- Am 26. November 2009 übergaben protestierende Hebammen in Berlin dem Gesundheitsministerium eine Resolution der Bundesdelegierten des Deutschen Hebammenverbands sowie die inzwischen eingegangenen 60 000 Unterschriften.

- Am 5. Mai 2010 waren bundesweit viele Tausend Hebammen auf den Strassen und demonstrierten für den Erhalt ihres Berufsstandes und für eine gute flächendeckende geburtshilfliche Versorgung aller Frauen. Gleichtags startete der DHV eine Petition. Ab 50 000 Unterschriften muss sich der Deutsche Bundestag in einer öffentlichen Sitzung mit den unbelzahlbaren Haftpflichtprämien und der Existenznot der freiberuflichen Hebammen befassen. Inzwischen hat die Unterschriftensammlung alle bisherigen Rekorde gebrochen. Bis zum 17. Juni 2010 gingen über 186 000 Unterschriften ein, was für die Bundesrepublik ein Rekord ist.

- Seit dem 1. Juli 2010 finden in allen Bundesländern Mahnwachen statt.
- Am 21. Oktober 2010 ist in Berlin eine grosse Abschlussveranstaltung geplant.

Quellen:

www.hebammenverband.de
www.hebammen-protest.de
www.hebammenfuerdeutschland.de